

Armut als Selbstverpflichtung und politische Diakonie

Gerhard Kruip

„Wie sehr wünschte ich mir eine arme Kirche und eine Kirche für die Armen“. Diesen Wunsch äußerte der frisch gewählte Papst Franziskus bei der Pressekonferenz am 16. März 2013 kurz nach seiner Wahl. Auch sein Papstname *Franziskus* steht für das Programm einer Kirche, die auf Reichtum und Privilegien verzichtet, um für die Armen da sein zu können. So eindeutig wie nie zuvor hat der Papst dann in seinem Rundschreiben *Evangelii gaudium* ausgehend von der „absolute[n] Vorrangigkeit des *Aus-sich-Herausgehens auf den Mitmenschen zu*“ (EG 179) seine Forderung nach der besonderen Zuwendung zu den Armen, „die Option für die Letzten, für die, welche die Gesellschaft aussondert und wegwirft“ (EG 195), ausdrücklich bekräftigt. Er schreibt ganz im Sinne der lateinamerikanischen Befreiungstheologie:

„Jeder Christ und jede Gemeinschaft ist berufen, Werkzeug Gottes für die Befreiung und die Förderung der Armen zu sein, so dass sie sich vollkommen in die Gesellschaft einfügen können; das setzt voraus, dass wir gefügig sind und aufmerksam, um den Schrei des Armen zu hören und ihm zu Hilfe zu kommen.“ (EG 187)

Damit ist jedoch eigentlich nichts wirklich Neues gesagt, vielmehr steht der Papst hier in guter biblischer Tradition. Schon die prophetische Kultkritik fordert, den Armen Gerechtigkeit zu verschaffen, bevor man sich der kultischen Verehrung widmet (z. B. Jes 1,11-17). Auch Jesus stellt sich in diese prophetische Tradition. Nach der Gerichtsrede in

Matthäus 25 hängt unser ewiges Heil daran, was wir den „geringsten“ der Schwestern oder Brüder Jesu getan oder nicht getan haben (Mt 25,40.45). Im Magnifikat dankt Maria Gott für die Empfängnis des Heilands und bringt zum Ausdruck, was die Ankunft des Sohnes Gottes auf Erden bedeutet: „Er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen. Die Hungernden beschenkt er mit seinen Gaben und lässt die Reichen leer ausgehen.“ (Lk 1,52f.) Dass diese Forderung in der Geschichte der Kirche so oft vergessen oder in den Hintergrund gedrängt wurde, ist offenbar auch dem Papst bewusst: Deshalb betont er, „dass keine kirchliche Hermeneutik das Recht hat, sie zu relativieren“ (EG 194).

Das Anliegen der besonderen Förderung der Armen war schon während des Konzils ein wichtiges Thema. Einen deutlichen Widerhall fand es wenige Jahre später 1968 im Abschlussdokument der lateinamerikanischen Bischofsversammlung von Medellín. Hier traf die konziliare Erneuerungsdynamik auf einen Kontinent, in dem die Mehrheit der Menschen zugleich arm und gläubig war. Im Kapitel 14 über Armut der Kirche fordern die lateinamerikanischen Bischöfe einen klaren Vorrang für die Armen, tätige Solidarität mit ihnen und anwaltschaftliches Eintreten für sie durch die Anklage der Ungerechtigkeiten, die sie in Armut halten. Und sie wollen mit der eigenen Umkehr beginnen:

„Wir möchten, dass unser Wohnstil und Lebensstil bescheiden sind, unsere Kleidung einfach, unsere Werke und Institutionen funktionsgerecht, ohne Pomp und Prunksucht. Wir richten an die Priester und Gläubigen die Bitte, uns eine Behandlung zukommen zu lassen, die unserer Sendung als Väter und Hirten entspricht, denn wir möchten auf die Ehrentitel verzichten, die einer früheren Zeit angehören.“

Manche lateinamerikanischen Bischöfe sind tatsächlich aus ihren Palais ausgezogen. Priester und Ordensleute sind in die Elendsviertel gegangen, um mit den Armen zu leben.

Orden haben ihre teuren Privatschulen aufgegeben, um ihre Bildungsarbeit auf die Armen hin auszurichten. Wie die lateinamerikanischen Bischöfe betont dabei auch der Papst, dass ein bloßer Gesinnungswandel unter den Gläubigen nicht genügt:

„Die Option für die Armen [...] beinhaltet sowohl die Mitarbeit, um die strukturellen Ursachen der Armut zu beheben [...], als auch die einfachsten und täglichen Gesten der Solidarität [...].“ (EG 188)

Welche Schlussfolgerungen müssten wir als Kirche in Deutschland daraus ziehen? Sicherlich wäre es falsch, alle Ressourcen und Potenziale, die der Kirche in Deutschland zur Verfügung stehen, wegzugeben. Es kann nicht darum gehen, alles aufzugeben, weil man dann nichts mehr hätte, was man für die Armutsbekämpfung und die Solidarität mit den Armen verwenden könnte. Man sollte nicht hinter die wichtigen Lernerfahrungen des deutschen Sozialkatholizismus des 19. Jahrhunderts zurückfallen. Betroffen von der großen Not vieler Menschen, die durch die Industrialisierung entwurzelt und in Armut gestoßen wurden, teilweise auch angespornt durch das Konkurrenzverhältnis zu Protestanten und Sozialisten, haben sich katholische Kleriker und Laien ab der Mitte des 19. Jahrhunderts der *Sozialen Frage* intensiv angenommen. Sie setzten dabei zunächst auf individuelle Hilfeleistung und religiöse Bekehrung. Doch schon bald war klar, dass man diese Hilfe organisieren, dass man die Hilfstätigkeit effizient gestalten, sie auf eine sichere finanzielle Basis stellen muss, dass es Professionalität in der Hilfe braucht, dass Ehrenamtliche unterstützt und fortgebildet werden müssen, dass man in Kirche und Staat anwaltschaftlich für die Betroffenen eintreten und deren Selbstorganisation fördern muss, dass die Armen Rechte haben und zu deren Gewährleistung der Staat in Anspruch zu nehmen ist und dass für dies alles geeignete Rahmen-

bedingungen geschaffen werden müssen. Diese Entwicklung von individueller Hilfstätigkeit zu organisierter Caritas, von spontaner Linderung aktueller Not zur dauerhaften Sicherung sozialer Rechte, vom Setzen auf den guten Willen vieler zur verbindlichen institutionellen Absicherung ist ein großer Erfolg der sozialkatholischen Bewegung (und entsprechender evangelischer Initiativen), auf den Christen noch heute stolz sein können. In den ärmeren Ländern versuchen die Ortskirchen genau das: sich besser zu organisieren, um den Armen effektiver zu helfen, Geld einzuwerben, um die nötigen Mittel dafür zu haben, die Armen darin zu unterstützen, sich selbst zu organisieren und für verbesserte staatliche Rahmenbedingungen zu kämpfen, sowohl für die Wirtschaftstätigkeit der Armen wie für die Wahrnehmung ihrer politischen Interessen. Die deutschen kirchlichen Hilfswerke unterstützen genau diese Art der Hilfe zur Selbsthilfe und der Unterstützung für nachhaltige Verbesserungen. Wenn dann – was ebenfalls ein Anliegen dieses Sozialkatholizismus war und bleiben muss – bei der Sicherung der nötigen staatlichen Leistungen der Staat dem Subsidiaritätsprinzip folgt, weil er nicht alles selbst zu machen braucht, sondern auf zivilgesellschaftliche Kräfte vertrauen kann, die er finanziell unterstützt, auch um eine Vielfalt an Trägern im sozialen Bereich zu gewährleisten, die den Hilfsbedürftigen Wahlfreiheit sichert, dann muss er darauf hoffen, dass sich nichtstaatliche Träger der nötigen Mitwirkung nicht entziehen. Anders gesagt: Es gehört zu den Gemeinwohlpflichten der Kirche, dass sie sich nicht aus dem sozialen Bereich zurückzieht, auch dann, wenn sie für die Wahrnehmung dieser Aufgaben staatliche Zuwendungen erhält. Ein solcher Rückzug der Kirche wäre keineswegs eine sinnvolle und moralisch gebotene *Entweltlichung*, sondern ein Verrat an den sozialkatholischen Lernerfahrungen des 19. Jahrhunderts und eine schwere Verletzung

der Gemeinwohlpflichten der Kirche, ganz abgesehen davon, dass er auch ihrem Ansehen in der Gesellschaft und ihrer Glaubwürdigkeit schweren Schaden zufügen würde.

Wenn Kirchensteuermittel sinnvoll eingesetzt und nicht verschwendet werden, halte ich auch den staatlichen Kirchensteuereinzug sehr wohl für gerechtfertigt. Der Staat erhält dafür ja auch eine Aufwandsentschädigung. Und das Kirchensteuersystem trägt dazu bei, dass die Kirchenmitglieder ihre Kirche je nach ihrer Leistungsfähigkeit finanziell unterstützen, ohne dass deshalb die Wohlhabenden durch ihre Geldzuwendungen besonderen Einfluss auf kirchliche Entscheidungen nehmen könnten. Und wer so arm ist, dass er keine Steuern zahlt, zahlt in Deutschland eben auch keine Kirchensteuern. Beide Aspekte – die Vermeidung eines besonderen Einflusses der reicheren Kirchenmitglieder und die Freistellung der ärmeren von einem finanziellen Beitrag – entsprechen m. E. durchaus der Option für die Armen. Anders verhält es sich mit den historisch begründeten Staatsdotationen, auf die die Kirchen aus Gründen der Glaubwürdigkeit durchaus verzichten könnten.

Mit diesen Überlegungen ist aber die Frage noch nicht vollständig beantwortet, was die Forderung nach einer *armen Kirche* für den Lebensstil von Kirchenmitgliedern und insbesondere Amtsträgern bedeutet. Sie verlangt sicherlich, vorhandene Mittel vorrangig für den Zweck des Einsatzes für die Armen einzusetzen, also Ausgaben zu vermeiden, die überflüssig sind, die nicht in einem direkten oder mindestens indirektem Zusammenhang zur Armutsbekämpfung stehen. Glaubwürdig für die Armen eintreten kann nämlich nur jemand, der auch selbst einfach lebt, wobei es sicherlich sehr schwierig ist, genauer zu bestimmen, wie ein einfacher Lebensstil konkret auszusehen hätte. Dies hängt von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung im jeweiligen Umfeld ab, wobei auch die globale Armutsproble-

matik ein wichtiger Aspekt dieses Kontextes ist und nicht vergessen werden darf. In Deutschland müssen wir uns sicherlich um diejenigen Menschen kümmern, die in unserem Land unter großer Not oder relativer Armut leiden: Obdachlose, Drogenabhängige, Migranten/innen, vor allem solche ohne gültige Papiere, aber auch Langzeitarbeitslose oder Alleinerziehende, für die und deren Kinder das Armutsrisiko besonders hoch ist. Not leiden jedoch nicht nur materiell Arme, sondern auch bildungsarme Kinder und Jugendliche oder beziehungsarme und einsame ältere Menschen. Aber auch die Armen, die in ärmeren Ländern Europas oder in Lateinamerika, Afrika oder Asien leben, sind in gewisser Weise durchaus auch *unsere Armen*, da wir durch wirtschaftliche Verflechtungen und fehlende globale Ordnungspolitik, um die sich die Politiker/innen der reichen Staaten zu wenig kümmern, an deren Armut zumindest mitschuldig sind. Christen und Kirche sollten also eine Vorreiterrolle im Kampf gegen die Armut und ihre Ursachen einnehmen. Sie sollten sich anwaltschaftlich für veränderte Strukturen einsetzen, sie sollten aber auch einen anderen Lebensstil entwickeln, der nötig ist, um die weltweiten Armutsprobleme lindern zu können: also z. B. weniger Energie verbrauchen, so weit als möglich umweltverträglich und sozialverträglich hergestellte Produkte kaufen (z. B. aus dem *fairen* Handel), weniger Fleisch essen, weil in Zukunft bei wachsendem Fleischkonsum pro Kopf die zunehmende Weltbevölkerung nicht ernährt werden kann, und ganz sicher auf Prestigekonsum verzichten.

Vielleicht liefern die Selbstverpflichtungen des Katakombenpakts, der während des Konzils von 40 Konzilsvätern als Selbstverpflichtung unterschrieben wurde, erste Anhaltspunkte für eine konkretere Bestimmung eines einfachen Lebensstils. In ihnen verpflichteten sich die Bischöfe u. a.,

„so zu leben, wie die Menschen um uns her üblicherweise leben, im Hinblick auf Wohnung, Essen, Verkehrsmittel und allem, was sich daraus ergibt. [...] Wir verzichten ein für allemal darauf, als Reiche zu erscheinen wie auch wirklich reich zu sein, insbesondere in unserer Amtskleidung (teure Stoffe, auffallende Farben) und in unseren Amtsinsignien, die nicht aus kostbarem Metall – weder Gold noch Silber – gemacht sein dürfen, sondern wahrhaft und wirklich dem Evangelium entsprechen müssen [...]“¹

Aber auch die Bischöfe des Katakombenpaktes hatten ein waches Bewusstsein dafür, dass es nicht genügt, ihren Lebensstil zu ändern, sondern wollten

„alles dafür tun, dass die Verantwortlichen unserer Regierung und unserer öffentlichen Dienste solche Gesetze, Strukturen und gesellschaftlichen Institutionen schaffen und wirksam werden lassen, die für Gerechtigkeit, Gleichheit und gesamt menschliche harmonische Entwicklung jedes Menschen und aller Menschen notwendig sind.“

Letzten Endes ist diese *politische Diakonie* mindestens ebenso wichtig wie der persönliche Lebensstil der Einzelnen.

Weiterführende Literatur:

Arntz, Norbert: „Für eine dienende und arme Kirche“. Der Katakombenpakt als subversives Vermächtnis des II. Vaticanums. In: Bitter, Gottfried / Blasberg-Kuhnke, Martina (Hgg.): Religion und Bildung in Kirche und Gesellschaft, Würzburg 2011, 297–307.

Dokumente von Medellín. Sämtliche Beschlüsse der II. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopats in Medellín: Die Kirche in der gegenwärtigen Umwandlung Lateinamerikas im Lichte des Konzils (1968), in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Die Kirche Lateinamerikas. Dokumente der II. und III. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopats in Medellín und Puebla (Stimmen der Weltkirche 8), Bonn 1979, 137–355.

Franziskus [Papst]: *Evangelii gaudium*. Apostolisches Schreiben an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die Personen geweihten Lebens und an die christgläubigen Laien über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 194), Bonn 2013.

Kruip, Gerhard: Kirche für die Armen – was heißt das für die Caritas? In: *neue caritas* 114 (2013) 21–25.

Kruip, Gerhard: „Die Befreiung und die Förderung der Armen“ (EG 187). Zum lateinamerikanischen Hintergrund von Papst Franziskus (Kirche und Gesellschaft 408), Mönchengladbach 2014.

Kruip, Gerhard: Um ihrer Glaubwürdigkeit willen. Plädoyer für den Verzicht auf Staatsdotationen für die Kirche, in: *Herder Korrespondenz* 68 (2014) 79–84.

Anmerkungen

¹ www.pro-konzil.de/?p=140 (Stand 11. 10. 2012)